

13. April 2018

PRESSEMELDUNG 19/2018

EU-Agrarpolitik wird zum Sargnagel der deutschen Bauern

Forderungen des EU-Kommissars Günther Oettinger zeigen landwirtschaftsfeindliche Politik der EU – Großkonzerne und Lebensmittelhandel kassieren ab, Kleinbauern bleiben auf der Strecke

„Die von der EU in Lobpreisungen hochgehaltene ‚Gemeinsame Agrarpolitik‘ (GAP) entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Sargnagel der deutschen und letztlich europäischen Landwirtschaft“, betont die AfD-Landesvorsitzende Doris v. Sayn-Wittgenstein.

Die GAP verschlingt rund 40 Prozent des gesamten EU-Haushaltes, weniger entwickelte, agrarisch geprägte EU-Staaten kassieren ordentlich ab, auf den ersten Blick profitiert auch die deutsche Landwirtschaft von den EU-Töpfen. Aber dies ist ein Trugschluß. Denn die deutsche Landwirtschaft steckt in einer Zwickmühle.

Der Landwirtschaftliche Sprecher der AfD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz, Dr. Timo Böhme, faßt dies anschaulich zusammen: „Jede Subvention, welche langfristig gezahlt wird, preist sich in die Märkte ein. Und so sind die Landwirte zwar die Empfänger der Subventionen, profitieren aber nicht notwendigerweise von diesen. Das Geld fließt durch die Betriebe hindurch und landet über hohe Pachtpreise für landwirtschaftliche Nutzflächen in den Taschen renditeorientierter Geldanleger und Grundbesitzer (auch der Kirchen) oder als Marge im Lebensmitteleinzelhandel bzw. als indirekt subventionierte niedrige Lebensmittelpreise bei den Verbrauchern.“

Vor diesem Hintergrund erschrecken die aktuell geäußerten Forderungen des EU-Kommissars für Haushalt und Personal Günther Oettinger, der die Kürzung des Agrarhaushalts um 10 Prozent angeregt hat.

„Denn wer dies am Ende zahlen muß, sind nicht die international aufgestellten Großkonzerne, sondern die hart arbeitenden Bauern und Landwirte in unserem Land“, so die AfD-Landtagsabgeordnete v. Sayn-Wittgenstein, die abschließend erklärt: „Steigende Pachtpreise, neue Regulierungen, Verordnungen und Vorgaben aus der Politik und von der Lebensmittelindustrie gedrückte Erzeugerpreise lassen die deutsche Bauernschaft immer weiter ausbluten. Die Großkonzerne kassieren ab, der ‚kleine‘ Landwirt vor Ort bleibt auf der Strecke. Das Sterben der Bauernhöfe wird somit durch die EU-Agrarpolitik noch befördert. Was wir brauchen, ist eine Umkehr: Rückverlagerung der Landwirtschaftsförderung in die Mitgliedsstaaten und eine massive Förderung der heimischen, regionalen Bauernschaft.“